

## Union nimmt Banker an die Kandare

**Die Union will auch den Banken die Kosten der Finanzkrise aufbürden und verlangt dafür ein Umdenken beim Koalitionspartner FDP. Unionsfraktionschef Kauder forderte die Liberalen auf, endlich ihren Widerstand gegen eine Finanztransaktionssteuer aufzugeben.** von *Claudia Kade* Berlin

"Auch die Liberalen können sich nicht dem verschließen, dass wir Lehren aus der Finanzkrise ziehen müssen und entsprechende Veränderungen vornehmen", sagte der CDU-Politiker der FTD. "Es kann nicht sein, dass die Kosten der Krise vollständig von der Allgemeinheit getragen werden müssen."



Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder

Von einer Börsenumsatzsteuer, wie sie auch Kanzlerin Angela Merkel (CDU) fordert, verspricht sich Kauder, die Finanzinstitute zu mehr Risikobewusstsein und Verantwortung zu bringen. "Es kann nicht sein, dass Banken weitermachen wie bisher. Sie müssen ihrer Verantwortung für die von ihnen angerichteten Schäden gerecht werden."

Kauders Vorstoß ist Teil einer konzertierten Aktion von CDU und CSU, die wieder selbstbewusst auftretenden Banker in die Schranken zu weisen. So verlangte CSU-Landesgruppenchef Hans-Peter Friedrich kürzlich im FTD-Interview eine Risikoabgabe von den Geldinstituten. Kanzlerin Merkel hatte jüngst bemängelt, die Banken kämen inzwischen schon wieder großspurig daher und hätten kaum aus der Krise gelernt. Allerdings haben auch die Regierungen der G20-Länder ihre Pläne für eine verstärkte Risikokontrolle auf den internationalen Finanzmärkten

bisher nur zum Teil umgesetzt. Gegen eine international geltende Börsenumsatzsteuer sperren sich bislang etwa die USA und Kanada.

Nach Berechnungen des Wiener Wirtschaftsforschungsinstituts Wifo würde eine Transaktionssteuer auf EU-Ebene bei einem Steuersatz von 0,05 Prozent und einem leicht rückläufigen Transaktionsvolumen rund 160 Mrd. Euro einbringen. Der gesamte EU-Haushalt beträgt 130 Mrd. Euro.

Die FDP lehnt eine Transaktionssteuer strikt ab, weil sie unter anderem befürchtet, dass auch Kleinanleger wie beispielsweise Riester-Sparer dadurch belastet würden. Die Einführung einer Börsenumsatzsteuer liefe außerdem dem schwarz-gelben Koalitionsvertrag zuwider. Darin haben CDU, CSU und FDP nämlich versprochen: "Steuererhöhungen zur Krisenbewältigung kommen für uns nicht infrage."

Bis 1991 musste in Deutschland schon einmal Börsenumsatzsteuer gezahlt werden, dann wurde sie von der damaligen Regierung gekippt - einer Koalition von Union und FDP.

### Mehr zum Thema

**Kolumne Andreas Theyssen - Knebelt die Banken**

(<http://www.ftd.de/politik/deutschland/:kolumne-andreas-theyssen-knebelt-die-banken/50056015.html>)

**Die Spur des Verführers Wie Herr Kiener sein 650-Millionen-Bluff gelang**

(<http://www.ftd.de/finanzen/maerkte/:die-spur-des-verfuehrers-wie-herrn-kiener-sein-650-millionen-bluff-gelang/50053223.html>)

**Weihnachtsansprache Köhler redet Banken ins Gewissen**

(<http://www.ftd.de/politik/deutschland/:weihnachtsansprache-koehler-redet-banken-ins-gewissen/50054076.html>)

**Staatsverschuldung Im Krisenjahr fehlen 97 Mrd. Euro im Haushalt**

(<http://www.ftd.de/politik/deutschland/:staatsverschuldung-im-krisenjahr-fehlen-97-mrd-euro-im-haushalt/50054950.html>)